Küstenschiffe meist mehr als 50 Tonnen fassen. Weiter regt Redner eine anderweite Regelung des internationalen Weges zu Wasser an; es dürfe nicht den Hochseefischereidampfern zugemuthet werden, den Seglern auszuweichen. — Geh. Rath v. Jonquières: Ueber die Mängel, über die Vorredner zu Anfang seiner Rede sprach, sollen Ermittelungen angestellt werden. Die Betriebsordnung ist übrigens vom Kanalamt selbstständig erlassen worden, wobei man grundsätzlich das Schleppen zur Nachtzeit vermieden hat. Eine Ausdehnung des ermäßigten Tarifs bis zu 100 Registertonnen vorzunehmen, liege kein Anlaß vor, denn in den zwei letzten Monaten Oktober und November haben bei dem jetzigen Tarif von 19 niederländischen Schiffen 16 den höheren Satz bezahlt, dagegen von 1717 deutschen Schiffen nur 214. Es ist doch ausgeschlossen, daß wir, wie der Binnenschiffereiverband verlangt, unseren Tarif ausdrücklich gegen zwei fremde Flaggen richten. Was das Wegerecht betrifft, so haben wir seinerzeit bei den internationalen Verhandlungen denselben Standpunkt eingenommen wie der Vorredner, aber bei den anderen Seestaaten kein Entgegenkommen gefunden; wir werden aber die Frage im Auge behalten. — Abg. v. Leipziger (kons.) bemängelt die inkurante Beleuchtung des Kanals, sowie, daß nicht maschinelle Vorrichtungen getroffen seien, um Verkehrsstörungen, wie sie erst kürzlich wieder durch das Sinken eines großen Dampfers entstanden seien, schneller zu beseitigen. Was soll werden, wenn solch' ein Unfall bei einer Mobilmachung geschieht? — Geh. Rath v. Jonquières: Wir haben Auskunft angefordert, ob eine Beschränkung der Beleuchtung möglich sei; die Antwort aber ist wenig ermuthigend ausgefallen. Die Bergung so schwerer Dampfer wie in dem erwähnten Falle erfordert so viel geübtes Personal, kostet so viel Material und macht so viel Kosten, daß das Kanalamt das nicht übernehmen kann. Wenn die vorhandene, vortrefflich ausgerüstete Bergungsgesellschaft wochenlang brauche, um ein solches Schiff zu heben, so lasse sich auch nicht erwarten, daß eine fiskalische Verwaltung schneller zum Ziele käme. Aber um solche Stockungen zu vermeiden, bedarf es nicht blos der Bergung gesunkener Schiffe, sondern man kann auch vorbeugen durch Vorkehrungen, um das Sinken zu verhindern. Nach dieser Richtung sind Vorkehrungen getroffen. Mehr, als geschieht, kann mit den Mitteln, welche der Etat uns giebt, nicht geschehen. — Das Kapitel wird genehmigt. — Morgen: Petitionen, Initiativ-Anträge.

Berlin. Der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt ist zum Besuche des hiesigen Hofes hier eingetroffen. — Der Kaiser verlieh dem Präsidenten von Mexiko, Divisionsgeneral Diaz, das Großkreuz des Rothen Adlerordens. — Die Budgetkommission des Reichstags genehmigte heute die ersten Raten für Postneubauten in Dresden, Bromberg, Köln, Crossen, Geestemünde, Gießen, Halberstadt, Ulm, Hannover und Karlsruhe. — Der Vorstand des Reichstags hat das Gesuch des Restaurateurs Schulze um Gewährung einer Beihilfe von 4000 Mk. per Session abgelehnt, ihm aber für jeden der 10 Kellner pro Sitzungstag je 1 Mk. aus dem Dispositionsfonds bewilligt.

Berlin. Im Zusammenhange mit der 100jährigen Feier sind am hiesigen Hofe umfangreiche Vorbereitungen zu einem großen Kostümfeste im Gange. Die Trachten und Uniformen des Jahres 1797 sollen in getreuer Nachbildung für die Kostüme der zu dem Fest Geladenen maßgebend sein. — Das Befinden des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall hat sich soweit gehoben, daß er hofft, schon vor dem Geburtstage des Kaisers seine Amtspflichten wieder in vollem Umfange übernehmen zu können.

Breslau. In ihrer Wohnung wurde gestern Abend die 24jährige unverehelichte Modistin Emilie Rothewalde vergiftet aufgefunden; dieselbe starb unter den größten Schmerzen. Der Besitzer einer chemischen Fabrik der Umgegend, der mit der Rothewalde ein Verhältniß unterhielt, wurde verhaftet.

Köln. Der „Köln. Ztg." wird gemeldet: Nischkow bekleidete seiner Aussage gemäß zur Zeit der Ermordung Stambulow's das Amt eines Gefängnißinspektors in Sofia. Er habe, so erklärte er, freiwillig 1½ Monate nach dem Verbrechen seine Stellung aufgegeben, da ihm der Dienst nicht zugesagt habe. Er scheint zu dem Mörder Stambulow's in näherer Beziehung gestanden zu haben und ist ein Freund Tüfektschiew's, der ihn zur Theilnahme an dem Morde verleiten wollte, was er aber abgelehnt habe. Nischkow scheint den Plan des Verbrechens genau zu kennen, sodaß die Mörder und ihre Hintermänner allen Anlaß haben, sein Zeugniß zu scheuen und zu verhüten; deshalb droht man ihm für den Fall, daß er reden würde, das Schicksal Stambulow's an. Nischkow verließ Sofia am 3. Dezember und trat, mit Empfehlungen der bulgarischen Regierung versehen, in eine Konservenfabrik zu Brüssel ein.

Halle. Der seit 6 Jahren schwebende Rechtsstreit der gräflich Mansfeld'schen Allodial-Erben wider den preußischen Fiskus ist jetzt von der hiesigen Civilkammer des Landgerichts entschieden worden. Die Entscheidung geht dahin, daß die Kläger mit ihren Ansprüchen unter gleichzeitiger Auferlegung der Kosten abgewiesen werden. Es handelte sich um den Anspruch der Mansfeld'schen Allodial-Erben auf Rechnungslegung über die vom preußischen Fiskus seit 1815 geführte Verwaltung des gräflich Mansfeld'schen Allodialnachlasses, ferner um Herauszahlung des etwaigen Ueberschusses sammt Zinsen. Das Klagobjekt war mit 1,500,000 M. beziffert. Als am 31. März 1780 der letzte Graf v. Mansfeld starb, gingen seine Güter an seinen Lehnsherrn, den sächsischen Kurfürsten, nachmaligen König Friedrich August, über, der damit zugleich auch das Allodialvermögen jenes letzten Mansfelder Grafen in Besitz nahm. Als 1815 die bis dahin noch sächsische Grafschaft Mansfeld an Preußen abgetreten wurde, gelangte das Allodialvermögen an den preußischen Fiskus.

Leipzig. Die Revision, welche der Redakteur des antisemitischen „Generalanzeigers", Sedlatzek in Berlin, gegen das über ihn wegen Gotteslästerung gefällte Urtheil eingelegt hatte, stand heute zur Verhandlung vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts. Der Termin wurde vertagt, weil der Angeklagte den Präsidenten des Senats Dr. Löwenstein ablehnte, da derselbe Jude sei.

Kiel. Die Taufe des jüngsten Sohnes des Prinzen Heinrich findet am 30. ds. M. statt. Das Kaiserpaar und die Kaiserin Friedrich werden zur Theilnahme an der Feier hier erwartet.

Hamburg. Der frühere Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff weilt heute als Gast bei dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

Düsseldorf. Der Redakteur Friedrich Baumann wurde heute von der 2. Strafkammer wegen vollendeter und versuchter Erpressung und Betrugs zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt und sofort verhaftet. Der Angeklagte hatte von der Schwester des wegen fahrlässiger Tödtung, Fälschung und Betrugs verurtheilten Wunderdoktors Vollbeding unter der Drohung, eine zweite Broschüre über Vollbeding herauszugeben, 300 Mk. erhalten und versucht, noch 1500 Mk. zu bekommen. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust beantragt.

Königsberg. Der Chefredakteur der Königsberger „Hartungschen Zeitung" trat heute freiwillig die wegen Zeugnißverweigerung gegen ihn verfügte Haft an, legte jedoch Beschwerde ein.

Pleß. In der Wohnung des Gendarmen Erichla zu Imielin explodirte diese Nacht eine Dynamitpatrone. Die Vorderfront des Hauses ist geborsten, alle Fenstern sind zertrümmert; verletzt ist Niemand.

Wien. Kaiser Franz Josef empfing den Minister des Auswärtigen Grafen Goluchowski vor dessen Abreise nach Berlin in besonderer Audienz. — In der fortgesetzten Berathung des Ackerbauministeriums sprachen sich Seifert und Jedrzejowicz gegen den Getreideterminhandel aus. Letzterer verlangte Abhilfe gegen die Erschwerung des Viehexports aus Galizien nach Deutschland.

Rom. Wie verlautet, wird der Papst die goldene Tugendrose das nächste Mal der Herzogin Marie Therese von Württemberg, künftigen Königin von Württemberg verleihen.

London. Der Plan für die Expedition gegen den König von Benin ist gestern Abend festgestellt worden. Die Expedition wird, 700 Mann stark, in einer Entfernung von 20 Meilen von der Stadt Benin landen. Die Operation soll in der 2. Woche des Februar beginnen. Nach Einnahme der Stadt soll dieser Ort vorläufig als Basis für die militärischen Maßnahmen in nördlicher Richtung gegen gewisse Häuptlinge dienen.

London. Das auswärtige Amt erhielt aus Westafrika die Nachricht, daß Kapitän Boisragon und Mr. Locke von der massacrirten Niger-Expedition glücklich entkommen sind, nachdem sie 6 Tage im Urwald umhergeirrt waren. Beide sind verwundet, aber in der Genesung begriffen.

Amsterdam. Die Personen, welche vor dem Hause des spanischen Gesandten in Haag Kundgebungen veranstalteten, gehören der sozialistischen Partei an. Das Haus des Gesandten ist polizeilich überwacht.

Petersburg. Die Valutaregulirung gilt als definitiv gesichert. Es steht die Publikation eines Ukas bevor, welcher die sofortige Prägung unter Abänderung der Inschrift „Imperial" von 10 bezw. 5 auf 15 bezw. 7½ Rubel anordnet. Man nimmt danach an, daß die auf die Valutaregulirung bezügliche Diskussion im Reichsrathe lediglich akademisches Interesse beanspruchen darf und erblickt in der bevorstehenden definitiven Einführung der Goldwährung einen Beweis für die Autorität des Finanzministers, trotz aller Gegenbestrebungen. — Die russisch-chinesische Bank eröffnet eine Filiale in Tientsin.

Moskau. Der Schach-Wettkampf um die Welt-Meisterschaft zwischen Lasker und Steinitz ging zu Ende, da Steinitz mit dem Verluste der 17. Partie den ganzen Match verlor. Lasker gewann 10 Partien, während Steinitz 2 gewann und die restlichen 5 Remis wurden.

Die heutige **Berliner Börse** begann im Gegensatz zu der gestrigen in ziemlich fester Haltung. Die Kurse waren gut behauptet, wenn auch die Veränderungen nicht allzu große waren. Eine Anregung zu der festen Haltung boten zunächst die Meldungen von der Wiener Börse, wo auf die beruhigenden Ausführungen des dortigen „Fremdenblattes" über die Ernennung Murawiew's die Tendenz festgeworden war. Ferner stimulirten Nachrichten über bald zu erwartende große Finanzgeschäfte, an denen hauptsächlich die Handelsgesellschaft und die Deutsche Bank betheiligt sein sollen. Auch für Montanwerthe zeigte sich heute rege Kauflust. Im weiteren Verlaufe war die Haltung leicht schwankend, gegen Schluß jedoch war die Tendenz wieder fest. Bankaktien setzten durchweg gut behauptet ein, namentlich Handelsantheile, die ca. 2 Prozent höher notirten; Deutsche Bank höher. Am Eisenbahnaktienmarkte waren die Kurse gut behauptet, heimische Bahnen wenig verändert, von fremden Bahnen Lüttich-Limburger bevorzugt, österreichische Bahnen, sowie Prince Henri fest, Schweizer fest. Montanaktien, sowie Kohlen- und Hüttenwerthe lebhaft umgesetzt, Kurse zumeist höher. Von fremden Renten waren Türkenloose auf Pariser Meldungen steigend, Italiener erholt, Mexikaner nachgebend; heimische Anleihen ohne Verkehr. Privatdiskont 3½ Prozent. — Ein offizieller **Getreideverkehr** fand nicht statt. Am Spiritusmarkte wurde ebenfalls nur im freien Verkehr gehandelt, loco 70er wurde im Börsengebäude mit 38,30, dagegen im Feenpalast in der Freien Vereinigung mit 38,50 Mk. bezahlt. Der Frühmarkt war fest. Bei dem Verkehr der Freien Vereinigung war Anfangs die Tendenz auf festes Amerika fest, später aber schwächte sich dieselbe auf einiges Angebot in Roggen etwas ab. Privatnotirungen: Weizen 178—177½, Roggen 129¾—130—129½, Hafer 131—132 Mk., Alles Mailieferung. Spiritus fest, per Januar 42,20—42,30, Mai 43,30, September 44,30 Mk. — Wetter: Trübe, Nordwestwind.

Frankfurter a. M. (Schluß.) Credit 317,50. Disconto 211,40. Dresdner Bank 160,80. Staatsbahn —. Lombarden 60⅝. Laura —,—. Ung. Gold —,—. Portugiesen —,—. Rubig.

Paris. (9 Uhr Nachmittags.) Rente 102,55. Italiener 91⅝. Spanier 69⅝. Portugiesen 26,50. Türken 23,40. Türkenloose 108,00. Ottomanbank 660. Staatsbahn 780. Lombarden —. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß). Weizen per Januar 22,70, per Mai-August 23,50. Mehl per Januar 51,70, per Mai-August 53,75, ruhig. Rüböl per Januar 56,25, per Mai-August 57,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 109, per Mai 108. Roggen per März 116, per Mai 111, per Juli etc.

London. (Produkten-Bericht.) Sämmtliche Getreidearten ruhig aber stetig. — Wetter: Kalt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** traf gestern Vormittag halb 11 Uhr von Villa Strehlen im Residenzschlosse ein und nahm die Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs der Königl. Hofstaaten, sowie militärische Meldungen entgegen. Nachmittags kehrte Se. Majestät nach Strehlen zurück. Zur gestrigen Königl. Tafel waren eingeladen worden: Se. Königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin mit seinem Gouverneur, Premierlieutnant von Koeckritz, und der Prinz und die Frau Prinzessin Heinrich von Schönaich-Carolath.

— Se. Königl. Hoheit **Prinz Georg** der Jüngere vollendete gestern sein viertes Lebensjahr.

— Herr Privatdozent Dr. med. et phil. **Arthur Hefftter**, erster Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Leipzig, wurde zum außerordentlichen Professor der medizinischen Fakultät ernannt.

— Dem Malerei-Geschirrsortirer **Uhlig** bei der Königl. Porzellan-Manufaktur in Meißen ward das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— In der vorgestrigen **Stadtverordnetensitzung** brachte zunächst der Herr Vorsteher ein Dankschreiben Sr. Majestät des Königs für die ihm vom Kollegium am Neujahrstag zu Theil gewordenen Glückwünsche zur Verlesung, welches stehend angehört wurde. — Auf den Antrag der Stadtverordneten, den Betrieb der Straßenbahnen in der König-Johannstraße mit unterirdischer Stromzuführung den ganzen Winter hindurch stattfinden zu lassen, um festzustellen, ob sich diese Betriebsart im Winter bewährt, theilte der Rath mit, daß die Deutsche Straßenbahn in der ersten Hälfte des Januar den Betrieb mit unterirdischer Stromzuführung eröffnen und die Dresdner Straßenbahn erst später damit beginnen werde, da die Anbringung der Stromabnehmer an den Wagen noch zu erwägen habe. — Den Vorschlägen des Wahlausschusses gemäß werden eine Anzahl Stadtverordnete zu Mitgliedern von 20 ordentlichen und 2 außerordentlichen gemischten Ausschüssen gewählt. Eingezogen worden ist der Ausschuß zur Vorbereitung der Einverleibung von Pieschen, während der Markthallenausschuß um zwei Mitglieder verstärkt wurde. Weiter werden noch die Ausschußpersonen zur Abschätzung der Neubauten und für die Stadtverordnetenbibliothek gewählt. St.-V. Häckel spricht für eine gleichmäßige Vertheilung dieser Aemter, worauf St.-V. Gmeiner das Verfahren des Wahlausschusses rechtfertigt. Dr. Häckel bittet darauf, ihn an Stelle von St.-V. Heckel in den Ausschuß für das öffentliche Beleuchtungswesen, Jenen aber dafür an seiner Stelle in den Ausschuß für das Einquartirungswesen zu wählen. Die erste Abstimmung ergiebt, daß St.-V. Heckel mit 34 gegen 29 Stimmen in den Ausschuß für das öffentliche Beleuchtungswesen gewählt wird. Als aber St.-V. Hartwig I die Gegenprobe beantragt, erheben sich nur 30 von 63 Anwesenden für den St.-V. Heckel, sodaß der Vorsteher unter Heiterkeit des Kollegiums verkündet, daß jetzt St.-V. Heckel nicht gewählt sei. Darauf erklärt man sich einstimmung für Dr. Häckel, wählte ihn aber ebenso einstimmig unter großer Heiterkeit auch in den Ausschuß für das Einquartirungswesen. Nach Beseitigung dieser „Häckelei" wählt man die Herren Kaufmann Illing und Kunst- und Handelsgärtner Richter zu Armenpflegern für den 43. und den 49. Pflegerverein und beschließt, eine Deputation von 6 Mitgliedern zum Jubiläum des Bezirksvereins rechts der Elbe abzuordnen. — Durch die geplante Verbreiterung der Leipzigerstraße auf 24½ Meter (welche voraussichtlich von der Oberbehörde genehmigt werden wird) macht sich der Ankauf eines Trennstücks von 276 Geviertmetern nöthig, welches dem Wasserbaufiskus gehört und gegenüber der Moritzburgerstraße an der Stelle liegt, wo die Leipzigerstraße eingeengt ist wie eine Wespentaille. Man beschließt den Ankauf nach dem Einheitssatz von 8 Mk. für das Quadratmeter, da sich dort eine Verbreiterung auf jeden Fall nothwendig machen wird. — Die Naturalisation der Rentière v. Cynard aus Chemnitz bei Meißen wird für unbedenklich erklärt. Das Gesuch des St.-V. Medizinalraths Prof. Dr. Johne, ihn wegen Ueberhäufung mit Berufsgeschäften aus dem Amte eines Stadtverordneten zu entlassen, schlug der Rechtsausschuß vor abzulehnen. Vicevorsteher Dr. Osterloh befürwortet das Gesuch, Dr. Häckel rechtfertigt den Standpunkt des Ausschusses. St.-V. Hartwig I möchte den wissenschaftlichen Rath des Medizinalraths Prof. Johne bei den Berathungen über Einführung der Schwemmkanalisation nicht entbehren. Dabei erklärt er, noch eines „Wunders" erwähnen zu müssen. Am Tage der letzten Sitzung im alten Jahre habe der Rechtsausschuß bereits über diese Angelegenheit berathen. In dieser Sitzung habe der Referent Herr Prof. Lehmann gesagt, der Herr Stadtverordnetenvorsteher habe an Dr. Wilisch geschrieben und wünsche, daß darüber sofort Beschluß gefaßt werde, Herr Geh. Hofrath Ackermann jedoch habe in jener Sitzung erklärt, einen solchen Brief nicht geschrieben zu haben. Nunmehr entspann sich eine unerquickliche Auseinandersetzung zwischen Dr. Stöckel, welcher darin einen versteckten Vorwurf gegen den eben erst eintretenden Dr. Wilisch sah, und St.-V. Hartwig I, welcher sich wiederholt dagegen verwahrte, seine Darstellung nochmals klarlegte und hinzufügte, wenn infolge einer solchen Beschleunigung damals noch das Gesuch genehmigt worden wäre, so hätte das zur Folge gehabt, daß die Einberufung des nächsten Kandidaten, also des Herrn Borack, in's Kollegium stattgefunden hätte. Geh. Hofrath Ackermann erklärte, er wisse nichts von einem solchen Briefe. Dr. Wilisch bemerkte, es sei ihm entweder durch den Boten oder telephonisch angegeben worden, der Herr Vorsteher wünsche, daß die Sache denselben Tag noch erledigt würde, und St.-V. Dr. Lehmann führete aus, in dem Berichte des Herrn Dr. Wilisch, welcher als Vorsitzender an jener Sitzung theilzunehmen behindert war, stehe wörtlich: „über das beigehende Schreiben wünscht der Herr Vorsteher womöglich heute Bericht". Dasjenige, was St.-V. Hartwig erfahren habe, beruhe also auf einem Mißverständniß. Das Gesuch Dr. Johne's wurde hierauf gegen 2 Stimmen abgelehnt. — Es wird von einer Mittheilung des Raths Kenntniß genommen, daß im Sinne der Stadtverordneten vom 1. Januar ds. Js. ab in der pathologisch-anatomischen Abtheilung des Stadtkrankenhauses ein Sektionswärter und ein Hilfswärter amtiren und der bisher zur ständigen Unterstützung beigegebene Krankenwärter wegfallen soll. — Zu den Kosten der Festmusik bei den Veranstaltungen des Bürgerausschusses für patriotische Kundgebungen anläßlich des 100. Geburtstags Kaiser Wilhelm's I. wird ein Berechnungsgeld von 3000 M. bewilligt. St.-V. Hartwig I regt an, um mißbilligenden Aeußerungen in gewissen Kreisen die Spitze abzubrechen, eine Zusammenstellung über den Gesammtaufwand einzufordern, der Bürgerausschuß habe gewöhnlich die volle Summe gar nicht gebraucht. — Wegen der für Strehlen vom 1. Juli ds. Js. ab entstehenden höheren Kosten erklärt man sich damit einverstanden, daß die Gebühren für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau daselbst erhöht werden und zwar auf 5 M. bei einem Schwein und 2 M. bei einem Stück Kleinvieh. — Zur Einlegung von Elektrizitätskabeln in die Rampischestraße und in die Zelleschestraße von der Liebigstraße bis zum Grundstück Nr. 36 werden die erforderlichen Mittel bewilligt, desgleichen zur Herstellung einer gepflasterten Rampe für die dauernde Beseitigung des Kohlenzuführungsgleises am Wasserwerke auf Steinschwellen statt der jetzigen Holzschwellen. — Zum Ankauf eines 172 Geviertmeter großen, am Flügelwege zwischen der Weißeritz und der Cottaer Flurgrenze liegenden fiskalischen Landstücks bewilligt man 860 M. Wie der Rath auf eine Anfrage der Stadtverordneten mittheilt, sind die der Firma „Helios" übertragenen Kabellieferungen einschließlich einer Mehrlieferung von 10 Prozent bereits beendet, und die Vereinbarung neuer Verträge sei beabsichtigt, bei der steigenden Tendenz der Materialienpreise werde man aber mehr bewilligen müssen. Man beschließt, den Rath zu ersuchen, vom Ergebnisse der Einholung neuer Kabelpreise dem Kollegium Mittheilung zugehen zu lassen. — An die öffentliche schloß sich noch eine geheime Sitzung.

— An den mündlichen **juristischen Staatsprüfungen**, die am Montag in Leipzig ihren Anfang nahmen, betheiligen sich über hundert Kandidaten.

— Für die **Lotterie** des unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit Prinzeß Johann Georg am 7. und 8. Februar im Ausstellungspalast stattfindenden **Bazars** zum Besten des Maria-Anna-Kinderhospitals und des sächsischen Krüppelheims hat die Aktiengesellschaft Fahrradwerke Salzer und Co. in Chemnitz ein prachtvoll ausgestattetes **Salzer-Damenfahrrad** als einen **Hauptgewinn** zur Verfügung gestellt. Dem Gewinner ist aber eventuell auch der Umtausch gegen ein Herrenfahrrad gesichert.

— In der Aula des Königl. **Lehrerseminars** zu Plauen b. Dresden findet Montag Nachmittag 6½ Uhr eine musikalische Aufführung statt.

— Von Sr. Excell. Herrn Staatssekretär Dr. v. Stephan in Berlin ist vorgestern an den Rath zu **Chemnitz** folgendes Telegramm gelangt: „In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags ist die Oberpostdirektion für Chemnitz einstimmig genehmigt. v. Stephan." Seitens des Raths ist hierauf an Se. Excellenz folgendes Telegramm abgesandt worden: „Herzlichen Dank für die freudige Kunde von dem bisherigen glücklichen Erfolge der thatkräftigen Bemühungen Euer Excellenz um den weiteren Verkehrsaufschwung unserer Fabrik- und Handelsstadt, sowie des Bezirks der künftigen Oberpostdirektion Chemnitz! Oberbürgermeister Dr. Beck."

— Departement des **Kultus und öffentlichen Unterrichts**. Zu besetzen: die 2. Lehrerstelle an der Kirchschule zu Herold. Kollator: die oberste Schulbehörde. Einkommen: außer freier Wohnung im Schulhause 1000 M. Jahresgehalt und bis auf Weiteres das gesetzliche Honorar für 4 bis 6 Ueberstunden. Bewerbungsgesuche sind bis zum 24. Januar an den Königl. Bezirksschulinspektor Schulrath Schreyer in Annaberg einzusenden; — die neuerrichtete 10. ständige Lehrerstelle an der Bürgerschule zu Hartha. Das Einkommen der Stelle beträgt 1200 M., einschließlich Wohnungsentschädigung, welches sich durch Zulagen von 25 Lebensjahre an innerhalb 30 ständiger Dienstjahre bis auf 2000 M. erhöht. Gesuche nebst Zeugnissen sind bis zum 23. Januar bei dem Stadtgemeinderathe zu Hartha einzureichen. Erledigt: die 2. ständige Schulstelle bei der katholischen Schule zu Zwickau. Kollator: das apostolische Vikariat für das Königreich Sachsen. Die Stelle gewährt nach dem Kataster ein Gesammteinkommen von 1500 M., welches steigt: nach 6 Jahren auf 1650 M., nach 8 Jahren auf 1800 M., nach 10 Jahren auf 2000 M., nach 14 Jahren auf 2200 M., nach 18 Jahren auf 2400 M., nach 22 Jahren auf 2600 M., nach 25 Jahren auf 2800 M. und nach 28 Jahren auf 3000 M. Gesuche sind bis zum 31. Januar bei dem Kollator einzureichen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die „Hamb. Nachr." stellen die Thatsache fest, daß einzelne freisinnige und demokratische Blätter, wie das „Berl. Tagebl.", der „Börs.-Cour.", die „Frankf. Ztg.", unablässig und systematisch bemüht sind, die Sache der Hamburger Streiker gegen die Arbeitgeber durch Stimmungsmache und tendenziöse Berichterstattung zu fördern. Die genannten Zeitungen sind in den Händen von Leuten, die durchaus als Vertreter des Kapitalismus, wie ihn die Sozialdemokratie bekämpft, angesehen werden müssen, ja sogar als Vertreter eines Kapitalismus, der, weil er durch mehr oder weniger mühelose Börsen- und Finanz-Operationen Gewinne erzielt, die viel größer sind als die in Industrie, Landwirthschaft und Handel möglichen, in erster Linie als Objekt der sozialdemokratischen Agitation in Betracht kommen müßte. Im Gegensatz hierzu erleben wir es seit Jahr und Tag, daß nicht nur die sozialdemokratische Agitation vor den Geldinteressen, die in den genannten Blättern vertreten werden, Halt macht und sich dafür auf Industrie und Handel stürzt, sondern daß auch umgekehrt die Organe dieser Finanzleute für die Sozialdemokratie und gegen die Arbeitgeber Partei ergreifen, sowie von der sozialistischen Presse als Bundesgenossen behandelt werden. Wie geht das zu? Wie ist diese widernatürliche Allianz zu erklären? Schon bei früheren analogen Fällen ist der Verdacht laut geworden, daß zwischen einem ganz bestimmten Theile der Finanz mit demokratischer Färbung und der Sozialdemokratie ein Schutz- und Trutzbündniß besteht, auf Grund dessen die Sozialdemokratie finanzielle und publizistische Unterstützung gegen die Arbeitgeber findet, während sie als Gegenleistung dem Börsenkapitalismus Sicherheit für den Fall gewährt, daß es einmal zu einem sozialistischen Putsche im Stile der Pariser Commune gegen die besitzenden Klassen kommen sollte. Außerdem ist offenbar Förderung resp. Schonung von solchen wirthschaftlichen und politischen Interessen zugesagt, die sonst dem sozialistischen Programm ebenso zuwiderlaufen wie die Versicherung des Börsenkapitalismus gegen eventuelle Plünderung. Endlich wird auf Seiten der Patrone der „Frankf. Ztg.", des „B. Tgbl." u. s. w. die Absicht im Spiele sein, die Sozialdemokraten gegebenen Falls zur Bekämpfung von Maßregeln zu benützen, die ihnen unbequem sind. Wie dem auch sei, jedenfalls verdient die Waffenbrüderschaft zwischen den Organen der Börsendemokratie und denen des Arbeitersozialismus, wie sie im Hamburger Streik auf's Neue beobachtet worden ist, größere Beachtung, als ihr bisher zu Theil geworden ist. Sie erklärt mehr, als es auf den ersten Blick den Anschein hat, und Herr Singer ist unseres Erachtens die Incarnation eines Doppelspiels, dessen Kosten die bürgerliche Gesellschaft zu tragen hat.

Zur Feier des hundertjährigen Geburtstags Kaiser Wilhelm's I., am 22. März 1897, und zur Enthüllung des Nationaldenkmals für den verewigten Kaiser wird sich der König von Württemberg nach Berlin begeben.

Dem scheidenden Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein v. Steinmann war durch eine Abordnung der Direktoren der höheren Lehranstalten dieser Provinz eine Adresse überreicht worden. Der Oberpräsident hob in seiner Erwiederung hervor: „Ich glaube nicht an die Herrschaft der rohen Massen, ich bin vielmehr davon überzeugt — und ich würde das Leben nicht für lebenswerth halten, wenn es anders wäre —, daß sittliche und religiöse Erziehung, daß die rechte Schulung, die rechte Zucht von Verstand und Charakter, wie der Unterricht der höheren Lehranstalten sie bietet, immer das Feld behaupten, daß es immer eine Aristokratie des Geistes geben wird, die das Regiment nach Gottes Ordnungen führt. In Ihre Hände, in die Hand Ihrer Anstalten ist so die Erziehung und Heranbildung des jungen dereinst zur Herrschaft bestimmten Geschlechts gelegt, und je treuer, je verständnißvoller sich diese dem Werke widmen, um so mehr wird der Sieg der guten Sache auch für die Zukunft gesichert sein."

Nach den „B. N. N." hat der Chef des preußischen Ingenieur- und Pionierkorps, Generalinspekteur der Festungen, General der Infanterie v. Golz, dem Kaiser sein Abschiedsgesuch eingereicht und dieses mit Rücksichten auf seine angegriffene Gesundheit begründet.

Zur Ernennung des Grafen Murawiew zum russischen Minister des Aeußeren schreiben die „Hamb. Nachr.": In Berlin galt Graf Murawiew während seiner Thätigkeit als ein ebenso intelligenter wie dienstbefliss Diplomat. Eine selbstständige Stellung außer in der dänischen Hauptstadt hat er noch nicht inne gehabt und man

Wein-Restaurant
Heinrich Grell
Grosshandlung
Zeitzergasse 2 mit feinster Küche